

# „Tierisches Problem“ ist vertagt

Kampfhundesteuer 1998 wieder auf der Tagesordnung – Dann kommt Fachmann zu Wort

Auf Antrag der SPD-Mehrheit wurde das Thema Kampfhundesteuer vertagt. Die CDU/FDP-Gruppe sieht in der Einführung dieser Steuer nicht die Lösung des Problems.

Von Lore Timme-Hänsel

**Brake.** Der Kreisveterinär Dr. Johan Altmann ist seit zwei Tagen Vorsitzender des Tierschutzbeirates des Landes Niedersachsen beim niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Ihn wollte die CDU/FDP-Ratsgruppe in der Ratssitzung als Sachverständigen zur Kampfhundesteuer zu Wort kommen lassen. Wie berichtet, sieht ein Verwaltungsentwurf die Erhebung einer jährlichen Sondersteuer von 1200 DM pro Kampfhund vor. Auf Antrag der SPD-Mehrheit wurde der

Tagesordnungspunkt abgesetzt. Er soll im Zuge der Haushaltsberatungen erneut auf die Tagesordnung. Dann soll auch Dr. Altmann zu Wort kommen. Das dürfte frühestens im Januar sein.

Die CDU/FDP-Ratsgruppe hat sich einstimmig gegen eine Kampfhundesteuer ausgesprochen. Damit werde das Problem bissiger Hunde nicht gelöst, erklärte Hans-Dieter Beck im Gespräch mit der **nwz**. Gegen gefährliche Hunde müsse ordnungsrechtlich vorgegangen werden, zum Beispiel mit Leinen- und Maulkorbzwang bis hin zum Verbot der Hundehaltung. Die Ratsgruppe sieht sich in ihrer ablehnenden Haltung bestätigt durch entsprechende Erlasse und Musterprozesse in anderen Bundesländern.

Auch der Tierschutzbeirat sieht in einer Sondersteuer für Kampfhunde kein geeignetes Mittel. Er befürchtet vielmehr massive Tierschutzprobleme, wenn lammfromme

Hunde angesichts zwölf- bis 15facher Steuersätze abgeschafft, ausgesetzt oder in Tierheimen abgegeben werden.

Aufmerksame Zuhörer im Ratssaal waren Mitglieder des Vereins gegen die Diskriminierung von Hund und Haltern. Deren Vorsitzender Thomas Henkenjohann aus Nordenham hatte Bürgermeister Manfred Bergner in einem Brief gebeten, daß der Rat keine voreiligen Beschlüsse fasse, sondern noch einmal im Fachausschuß beraten werde. Dazu sollte auch Dr. Johan Altmann eingeladen werden, forderte Henkenjohann im Pressegespräch im Anschluß an die Ratssitzung.

Statt einer Kampfhundesteuer plädiert der Verein für präventive Maßnahmen. Es sollten Anreize für jeden Hundehalter geschaffen werden, sich und seinen Hund kompetent ausbilden zu lassen. Bei bestandener Begleithundeprüfung könnte ein Teil der Hun-

desteuer erlassen werden. Außerdem fordert der Verein eine Kontrolle der privaten Hundezuchten. Dazu müßte eine Züchterlaubnis beim Amtstierarzt eingeholt werden.

„Es liegt nicht an der Rasse. Es sind bestimmte Medien, die Kampfhunde für gewisse Kreise populär gemacht haben. Aber diese Kreise gibt es in Brake nicht“, sagt Henkenjohann. Er sieht in der Kampfhundehaltung kein tierisches Problem, sondern ein menschliches und kriminelles. Der Verein verweist auf zahlreiche Gutachten, nach denen es keine objektiven Hinweise auf die Gefährlichkeit bestimmter Rassen gibt. Auch in amtlichen Statistiken fallen Kampfhunde nicht besonders ins Gewicht. Entscheidend für das Verhalten eines Hundes sei seine Erziehung durch den Menschen und der sachkundige Umgang mit dem Tier, betont Henkenjohann.